

Medienmitteilung vom 28.02.2026

Nach der WBK-S unterstützt nun auch die WBK-N das Anliegen mehrerer Kantone zur Wiederassoziierung der Schweiz an Erasmus+

Am 26. Februar 2026 hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) mit sehr deutlicher Mehrheit die Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, St. Gallen und Thurgau gutgeheissen. Damit wird ein wichtiges Signal gesetzt: Die Kommissionen beider Räte haben die Bedeutung des Mobilitätsprogramms für die Kantone anerkannt.

Das Mobilitätsprogramm Erasmus+, zu dem der Bundesrat im März 2026 die Finanzierungsbotschaft vorlegen dürfte, ist von den Parlamenten mehrerer Kantone als zentrales Element des Bildungssystems anerkannt worden. Mit breiter Unterstützung namentlich durch die FDP, Die Mitte, die Parteien der Linken sowie die GLP und in einzelnen Kantonen sogar durch die SVP haben die Mitglieder der kantonalen Parlamente die erheblichen Vorteile des Programms für die Berufsbildung, die obligatorische Schule, die Hochschulbildung, den Kultur- und Sportbereich sowie dessen indirekte positive Effekte auf Forschung und Innovation hervorgehoben. Diese Unterstützung manifestierte sich in der Annahme von Standesinitiativen (BS, BL, SO, SG, TG und ZH [in Behandlung]) oder anderer parlamentarischer Vorstösse (BE, FR, LU und NE). Mit ihrer heutigen Entscheidung bekräftigt die WBK-N die Schlussfolgerungen der WBK-S, welche bereits Ende Oktober das Interesse der Kantone an diesem Programm anerkannt und den entsprechenden Standesinitiativen Folge gegeben hatte.

Im Hinblick auf die bevorstehende Beratung der sogenannten Bilateralen III durch die eidgenössischen Räte zeichnet sich jedoch ein möglicher Bruch zwischen kantonaler und eidgenössischer Ebene ab. Während die Mitglieder der kantonalen Parlamente – im direkten Austausch mit ihrem Bildungssystem und dem lokalen Wirtschaftsgefüge – diese Vorlagen vorbehaltlos unterstützt haben, hat sich auf Bundesebene Die Mitte in ihrer Vernehmlassungsantwort der Position der SVP angeschlossen und erklärt, eine Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ nicht zu unterstützen.

Diese unterschiedliche Haltung innerhalb derselben Partei verdeutlicht die parteiinterne Uneinigkeit in Bezug auf das Mobilitätsprogramm: Ein Teil – im engen Austausch mit Hochschulen, Berufsbildungsinstitutionen und Organisationen der Jugendförderung – anerkennt die positiven Auswirkungen des Programms. Ein anderer Teil, stärker im politischen Kontext von Bundesbern verankert, fokussiert sich primär auf finanzielle Aspekte und misst den konkreten Effekten des Programms, insbesondere für die Lernenden in der Berufsbildung, zu wenig Gewicht bei.

Der VSS und die SAJV begrüssen die Arbeit jener Mitglieder der eidgenössischen Räte, die das Programm unterstützen. Sie rufen insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Mitte und der SVP dazu auf, die Beratung von Erasmus+ mit Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Leistungsbezügerinnen und -bezügern anzugehen, denen der Zugang seit zehn Jahren verwehrt ist, sowie im Bewusstsein des erheblichen Drucks seitens der Kantone.

Im Hinblick auf die kommenden Etappen werden wir unsere Informationsarbeit über die tatsächlichen Leistungen von Erasmus+ fortsetzen – Leistungen, die durch das Übergangsprogramm SEMP nicht abgedeckt werden. Ziel ist es, dass parlamentarische Debatten künftig nicht mehr von verkürzenden Aussagen wie «Erasmus+ bedeutet bloss Bier trinken in Barcelona» geprägt werden, die eher von Unkenntnis zeugen.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Sophie Wang, Copräsidentin VSS (f), sophie.wang@vss-unes.ch, +41 79 159 84 11

Klara Sasse, Copräsidentin VSS (d), klara.sasse@vss-unes.ch, +41 76 336 47 11

Niklas Tiemann, Koordination Politik SAJV (d/f), niklas.tiemann@sajv.ch, +41 31 326 29 42